



Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: 27.09.2010, 12:30 Uhr!

**Rede des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,
Erzbischof Dr. Robert Zollitsch,
beim Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
„Das ‚C‘ ist für uns Programm – Politik auf der Grundlage des
christlichen Menschenbildes“**

Sehr geehrter Herr Kauder, sehr geehrter Herr Friedrich,
lieber Präses Schneider, meine sehr verehrten Damen und Herren,

„wir sind in Deutschland und in ganz Europa Zeugen eines Wandels, auf den viele Menschen lange gehofft haben – oft stark und unbeirrt, bisweilen auch schwach und angefochten“, so begannen die deutschen Bischöfe heute vor genau 20 Jahren, am 27. September 1990, ihr Schreiben „Christliche Verantwortung in veränderter Welt“. Es waren bewegte und bewegende Tage, die in die Wiedervereinigung Deutschlands mündeten. Die Bischöfe schreiben dazu: „Besonders freuen wir uns über das Ende der politischen Teilung, die Deutschland seit 1945 durchzogen hat. (...) Die Wunden dieser Teilung werden auch nach Vollendung der politischen und rechtlichen Vereinigung noch lange nicht vernarbt sein! Umso mehr liegt es uns Bischöfen am Herzen, zu Beginn der neuen Wegstrecke, die wir Deutsche nun betreten, die Grundlage unseres wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Lebens neu zu bedenken. Wir tun dies gemeinsam, als Bischöfe aus jenen beiden Teilen Deutschlands, die sich in diesen Tagen in einen Staat zusammenfügen.“¹

Über die Grundlagen unseres Miteinander wollen wir uns als Christen, als Kirche, auch nach 20 Jahren Wegstrecke austauschen. Die CDU hat in ihrem neuen Grundsatzprogramm bekräftigt: *„Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis von Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“*. Ein solches Bekenntnis der Unionsparteien ist in einer säkularisierten und pluralisierten Gesellschaft nicht selbstverständlich. Das grundsätzliche

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

¹ Die deutschen Bischöfe, Christliche Verantwortung in veränderter Welt, (Die deutschen Bischöfe 46), Fulda, 27. September 1990.

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Bekenntnis bedarf aber immer wieder der Konkretisierung und vor allem der politischen Umsetzung, um kein Lippenbekenntnis zu bleiben oder nur als Gegenstand von Sonntagsreden zu dienen. Dass Ihnen viel daran liegt, die Position des Christlichen in Ihrer Partei immer wieder neu zu bedenken, zeigen Sie mit der heutigen Veranstaltung. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie sich der Herausforderung des „C“ im Namen der beiden Parteien Ihrer Bundestagsfraktion stellen und ihr nicht ausweichen.

Auch nach Fertigstellung der neuen Grundsatzprogramme ist die Debatte um den politischen Kurs der Union nicht abgerissen. Mit zuverlässiger Regelmäßigkeit kommen Diskussionen auf, ob ihr Kurs nicht zu wirtschaftsliberal, zu sozialdemokratisiert oder ein andermal zu wenig konservativ ist. Das neue Grundsatzprogramm der CDU formuliert: *„Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln.“* Diese drei geistesgeschichtlichen Strömungen werden gemeinhin als die Quellen der Union angesehen. Es ist mir jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese geistesgeschichtlichen Wurzeln nicht einfach nebeneinander stehen, sondern einer näheren Erläuterung und wechselseitigen Zuordnung bedürfen:

Gerade in der derzeitigen Diskussion, die Union vernachlässige ihren konservativen Flügel, wird dies oft mit einer mangelnden Berücksichtigung des Christlichen innerhalb der CDU in Verbindung gebracht. Wer so argumentiert, verkennt jedoch, dass die Gleichsetzung von „christlich“ und „konservativ“ keinesfalls zutrifft. Es wird den christlichen Wurzeln der Union nicht gerecht, wenn man sie lediglich als soziales Korrektiv zu einer wirtschaftsliberalen Position, als gesellschaftspolitischen Gegensatz zu einer Liberalisierung beispielsweise der Familienpolitik oder als universale Idee gegenüber einem verengten Konservatismus verstehen würde. Das Christliche ist vielmehr ein Rahmen, ja ein Nährboden, der die Grundlage für alle Geistesströmungen in der CDU darstellt. Es hat eine integrierende Funktion. Die aus dem christlichen Menschenbild abgeleiteten Politikvorstellungen integrieren sowohl die konservativen als auch die liberalen und sozialen Ideen. Eine am christlichen Menschenbild orientierte Politik ist konservativ, weil sie das Leben des Menschen von seinem Anfang bis zum Ende schützt und bewahrt; sie ist konservativ, wo sie sich für die Bewahrung der Schöpfung einsetzt. Sie ist liberal, d.h. der Freiheit verpflichtet, weil sie die Würde des Menschen, die in seiner Gottesebenbildlichkeit gründet, achtet, ihm deshalb freies Handeln ermöglicht und Vertrauen in den Menschen und seine Eigenverantwortung setzt. Sie ist sozial, weil sie, dem Gebot Jesu folgend, die Schwächeren nicht am Rande stehen lassen kann, sich für Verfolgte und Benachteiligte einsetzt.

Es wird deutlich: eine auf dem christlichen Menschenbild basierende Politik lässt sich nicht verengen in konservative, liberale und soziale Ausrichtungen. Sie umfasst vielmehr all dies, weil sie sich an Jesus Christus orientiert, der kein rückwärtsgewandter Sozialromantiker war, sondern mit allen damit verbundenen Konsequenzen den Menschen in den Mittelpunkt gestellt hat!

Der Reichweite des Christlichen war sich die Union bei ihrer Gründung ganz und gar bewusst: denn das verbindende Element in ihrem Parteinamen stellen weder Konservatismus noch Liberalismus dar. Die Partei hat sich vielmehr unter das „C“ gestellt. Mit diesem Anspruch des Christlichen hat sich die Union ein Alleinstellungsmerkmal unter den großen deutschen Parteien gegeben. Zweifelsohne: Die Zeiten – falls es sie jemals gab –, in denen sich Christen nur in der Union engagiert haben, sind längst passé. Auch wir Kirchen unterhalten zu Recht zu nahezu allen Parteien und den darin engagierten Christen gute Beziehungen. Auch die CDU hat im Grundsatzprogramm „Freiheit und Sicherheit“ festgehalten: Wir wissen, „dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt.“ Und trotzdem hat sich die Union mit ihrem Selbstanspruch des Christlichen immer wieder einer externen Prüfung auszusetzen. *Denn die Deutungshoheit über das Christliche können die Unionsparteien nicht als eine interne Angelegenheit betrachten und für sich selbst in Anspruch nehmen.* Die Bibel als unverrückbare Grundlage unseres Glaubens und die christliche Überlieferung stehen außerhalb des Einflussbereichs der Partei. Die Wurzel Ihrer Partei haben Sie deshalb nicht in sich selbst; Sie bekommen in der Heiligen Schrift, im Hören auf Jesus Christus, im Miteinander mit den Kirchen, in denen der christliche Glaube gelebt wird, zusätzlich von außen Impulse.

Das Alleinstellungsmerkmal des „C“ begründet deshalb auch das besondere Interesse der Kirchen an Ihrer Partei. Deshalb bin ich für das „C“ im Namen Ihrer Partei dankbar; es ermöglicht und bestärkt uns, Sie an den Anspruch zu erinnern, den Sie sich selbst gegeben haben.

Dies bedeutet jedoch umgekehrt nicht, dass die Kirchenleitungen bestimmen dürften, was im Detail christliche Politik ist. Bischöfe sind nicht die besseren Politiker und kirchliche Stellungnahmen sind keine Wahlprogramme. *„Politik ist etwas anderes als Religion und gewiss nicht die schlichte Verlängerung von Religion mit anderen Mitteln“*, formulierte es Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert.² Eine von der römischen Kongregation für die Glaubenslehre herausgegebene lehrmäßige Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben vom 24. November 2002 sagt dazu: *„Es ist nicht Aufgabe der Kirche, konkrete Lösungen – oder gar ausschließliche Lösungen – für zeitliche Fragen zu entwickeln, die Gott dem freien und verantwortlichen Urteil eines jeden überlassen hat.“* Die Kirchen sorgen eher für Maßstäbe, an denen sich eine Politik orientieren sollte, die sich in besonderem Maße am christlichen Menschenbild ausrichtet. Es ist die Aufgabe und die Verantwortung der Politiker, die sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlen, daraus konkrete politische Entscheidungen abzuleiten. Das ist eine anspruchsvolle und mitunter komplizierte Tätigkeit, die immer wieder Kompromissbereitschaft fordert und doch fragen muss, wo es Grenzen gibt, die nicht über-, und auch nicht unterschritten werden können. Deshalb ist es mir ein Anliegen, all jenen zu

² Lammert, Norbert, Religion und Politik, Wahrheit und Interessen, Werte und Entscheidungen, in: Pöttering, Hans-Gert (Hrsg.). *Damit ihr Hoffnung habt. Politik im Zeichen des „C“*, St. Augustin 2010, S. 19.

danken, die als Politiker, als Abgeordnete sich mühen, Politik aus ihrem christlichen Glauben heraus gestalten! Sie leisten einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag nicht nur für die Kirche und die Christen in unserem Land, sondern für alle Menschen!

Denn, das scheint mir wichtig hervorzuheben: eine Politik, die auf einem christlichen Menschenverständnis gründet, ist keine Klientelpolitik für die Christen in unserem Land. Vielmehr profitieren alle Menschen davon, wenn aus dieser Geisteshaltung heraus Politik betrieben wird!

Als Christen ist uns die Sorge für die Gestaltung der Erde und unserer Gesellschaft aufgetragen.³ Als Kirchen sind wir zum Dienst am Menschen berufen; wir haben die Aufgabe, unsere Kräfte anzubieten beim rechten Aufbau der menschlichen Gesellschaft.⁴ Dazu gehört auch, die Politik zu begleiten. Das gilt besonders für eine Partei, die sich selbst den Anspruch gibt, sich am christlichen Menschenbild zu orientieren. Nicht jedoch in dem Sinne, dass wir in der Regel konkrete Lösungen in tagespolitischen Fragen favorisieren. Wohl aber in dem Sinne, dass wir die dazu notwendige Orientierung geben. Selbstkritisch muss ich mich fragen, ob wir dies immer in einem ausreichenden Maße tun.

Dieses Spannungsfeld zwischen den Unionsparteien und den Kirchen dürfen wir als fruchtbar empfinden, weil es dem Ringen um gute und gerechte Lösungen aus dem christlichen Glauben heraus dient. In diesem Sinne kann auch die heutige Veranstaltung ein Schritt sein in dem Bemühen, eine an christlichen Grundsätzen orientierte Politik immer wieder neu an den Herausforderungen der Zeit auszurichten. Vor 20 Jahren benannten die katholischen Bischöfe einige Felder, die gemeinsam zu beackern sind; Leitplanken, die es aus christlicher Verantwortung zu setzen gilt. Dazu gehörten u.a. der Schutz des menschlichen Lebens, die Sorge um Ehe und Familie, Erziehung und Bildung, wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit, unsere Verantwortung gegenüber Aussiedlern und Asylsuchenden, Verantwortung für Entwicklung und Frieden. Es mag erstaunen, dass diese Themen uns noch heute, 20 Jahre später, unter den Nägeln brennen. Es lassen sich heute weitere Felder anfügen. Genannt seien nur: die Frage der Erhaltung der Schöpfung, der Nachhaltigkeit und intergenerationeller Gerechtigkeit. Insofern bin ich nicht nur gespannt auf die nachfolgende Diskussion, sondern vor allem auch auf die praktischen Konsequenzen aus unseren Gesprächen über das christliche Menschenbild für den politischen Alltag.

³ GS 39.

⁴ GS 3.